Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 280 || **Sonnabend, den 1. Dezember 1928** || **80. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Die Zuschlagssteuern zu den staatlichen Grund- und Gewerbesteuern werden im Rechnungsjahre 1928 nach 125 v. H der Staatssteuern erhoben.

Pulsnitz, den 29. November 1928. **Der Stadtrat.**

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt **großen Erfolg!**

Das Wichtigste

Schulkreuzer „Berlin" ist gestern in Aden eingelaufen und wird am 3 Dezember nach Alexandrien in See gehen.
Vor zehn Jahren, am 1. Dezember 1918 marschierte der Feind ins Saarland, das er bis jetzt noch nicht wieder geräumt hat.
Der Mörder Zena Begs wurde im Prager Gerichtssaal erschossen.
Vom 1. Dezember an sind im Fernsprechverkehr mit Spanien und Portugal dringende Gespräche (zur 3fachen Gebühr) zugelassen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Advent

tsd. In dem Namen schwingen alle Märchen der Kindheit. Tannenduft atmet aus ihm, wie von fernen Wäldern her. Ein Leuchten ist um ihn von Gefilden, die wir einst als das Land unserer Zukunft sahen und heute, wenn auch unter anderen Gesichtswinkeln, noch irgendwo sehen und noch sehen werden, wenn unser Augenlicht zu brechen beginnt. Advent ist die Zeit des Hoffens und Wünschens, der Sehnsucht, die zeitlebens in keinem Menschen erlischt. Des Verlangens nach einem ungewissen Unerfüllbaren, auch wenn alles andere eintrifft, was des Begehrens und der Arbeit wert schien, das unerreichbar bleibt, weil sonst das Leben und die Welt gegenstandslos würden. Ideale nennen es die einen, von „Erfolg" träumen die anderen.

Advent will Ankunft besagen. Es ist die Wartezeit, die allen vorgesetzt ist, was als beschaffener Wert aus der Gegenwart in die Zukunft hineinragen soll, denn vor alles Gelingen haben die Götter den Schweiß gesetzt. Aber nicht nur das Kennzeichen körperlicher Anstrengung, sondern auch das geistige Training, ein seelisches und gehirnliches Sichversenken in Aufgaben, die den ganzen Menschen verlangen, damit ein Ganzes aus menschlicher Hinfälligkeit werde.

Advent hat die Melodie einer Sehnsucht, die so alt ist wie die Menschheit selbst. Ein Motiv, das tröstlich und Erlösung denen kündet, die eines guten Willens sind, die ihre vollen Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit stellen, aus der sich, ein ewiges Weihnachtswunder, der Mensch aus und über sich hinaus ständig erneuert.

In der Adventszeit werden die guten Geister wieder wach, „vor denen man noch Achtung haben soll, wenn man Mann geworden ist." Die über dem lauten Treiben, mit dem der Alltag unsere Sinne umnebelt, wie Harfentöne klingen. Von dem „Ros", das entsprungen ist. um in jedem von uns lebendiger Baum zu werden.

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst) wird am Sonntag, 2. Dez. von Herrn Dr. med. Schöne versehen.

Pulsnitz. (Die Mütterberatung) findet am Dienstag, 4. Dezember, nachm. 3—4 Uhr im Rathause, 1 Treppe, statt. Arzt wird anwesend sein. — (Die Wohlfahrtssprechstunde) wird am Donnerstag, 6. Dezember, nachm. 2—4 Uhr im Stadtkrankenhause abgehalten.

Pulsnitz. (Sprechtag.) Der Bezirksfürsorgeverband, Abteilung Kriegerfürsorge, Kamenz, hält am Dienstag, den 4. Dezember 1928, nachmittags 1/2 4 bis 6 Uhr im Ratskeller zu Pulsnitz, 1 Treppe, Sprechtag ab. Es werden Versorgungs- und Fürsorgesachen erledigt und entsprechende Anträge und Gesuche entgegengenommen. Bedürftige Veteranenbeihilfenempfänger aus früheren Kriegen können ebenfalls dort vorsprechen.

Pulsnitz M. S. (Märchen-Aufführung.) Der Turnverein Pulsnitz M. S. D.T. wird auch in diesem Jahre wieder mit einem öffentlichen Abend aufwarten. Und zwar bringt er am Sonntag, den 9. Dezember ein weihnachtliches Märchenspiel mit Gesang und Reigen in 5 Bildern, betitelt „Die Glücksuhr" zur Aufführung. Die Mitglieder und Kinder des Vereins üben schon lange daran und wollen auch diesmal wieder etwas ganz Besonderes bieten. Die musikalische Leitung hat in liebenswürdiger Weise Herr Lehrer Frister übernommen. An dem Gesamt-

Vermittlung des Reichskanzlers im Ruhrkonflikt

Besprechungen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Der Reichstag zur Reform des Familienrechts — Antifranzösische Kundgebungen in Italien

Berlin. Der Reichskanzler empfing am Freitag die Vertreter der Arbeitgeber, um sich mit ihnen über die Beilegung des Konfliktes in der Eisenindustrie zu besprechen. An der Besprechung nahmen außer den Vertretern der beteiligten Arbeitgeber die beteiligten Ressortminister teil. Am Nachmittag empfing der Reichskanzler die Vertreter der Arbeitnehmer.

Unter der Vermittlung des Reichsinnenministers Severing soll ein Schiedsspruch für die Ruhreisenindustrie gefällt werden. Beide Parteien, die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer, sollen sich aber von vornherein endgültig darauf verpflichten, diesen Spruch anzuerkennen und durchzuführen. Der Reichsinnenminister will diese Vermittlerrolle nur annehmen, wenn er vorher der Zustimmung beider Parteien zu der Wahl seiner Person sicher ist.

Wie dazu zuverlässig verlautet, sind bereits in Düsseldorf beiden Parteien durch ein Mitglied der nach dem Ruhrgebiet entsandten Untersuchungskommission Mitteilungen über den von der Reichsregierung beabsichtigten Kompromiß gemacht worden. Auf Grund dieser Mitteilungen haben dann die Vertreter der beiden Parteien sofort die Reise nach Berlin angetreten.

Die Arbeitgeber mit der Vermittlung Severings einverstanden.

In der Besprechung des Reichskanzlers Müller mit den Vertretern der Arbeitgeber ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Arbeitgeber sich mit der Vermittlung des Reichsinnenministers Severing in dem Streit der Eisenindustrie unter gewissen Bedingungen einverstanden erklärt haben.

Wöchentlich 4,3 Millionen Unterstützung für die Ausgesperrten.

Bochum. In Auswirkung der Betriebsstillegungen der Eisen- und Stahlindustrie hat eine Reihe von Werken Stillegungsanträge an die Regierung in Düsseldorf gestellt. Von diesen Stillegungen werden 45 000 Arbeiter betroffen. Wie die Reichseisenbahndirektion Essen mitteilt, fallen in ihrem Bezirk täglich 210 Güterzüge aus. Wie stark die Maßnahme des preußischen Wohlfahrtsministers zur Unterstützung der Ausgesperrten Reich und Gemeinden belastet, erhellt aus den Ziffern der wöchentlichen Ausgaben an Barunterstützung für die Ausgesperrten. Diese belaufen sich für die Städte schätzungsweise auf: Dortmund 450 000 Mark, Düsseldorf 450 000 M., Essen 350 000 M., Duisburg 350 000 M., Bochum 260 000 M. Dazu kommen in zahlreichen Städten und Landkreisen Sachleistungen bei individueller Notlage auf Grund der Fürsorgeverpflichtung. Nach Schätzungen des Oberbürgermeisters von Düsseldorf beträgt die Unterstützungssumme für die Ausgesperrten im ganzen Bezirk wöchentlich etwa 4,3 Millionen Reichsmark.

Zehn Jahre Besatzungsschmach.

Vor zehn Jahren marschierten die feindlichen Truppen ins Saarland.

Berlin. Am Trauertage des vor zehn Jahren am 1. Dezember 1918 erfolgten Einmarsches feindlicher Truppen in deutsches Land am Rhein, richtete der Westdeutsche Ausschuß für Saar, Pfalz und Rhein folgende Kundgebung an die Bevölkerung des besetzten Gebietes.

Deutsche Brüder und Schwestern am Rhein, an der Saar und in der Pfalz! Wir gedenken Euer in tiefer Trauer bei der zehnjährigen Wiederkehr der Besetzung urdeutscher Erde. Eure Not war und bleibt unsere Not. Wir gedenken Euer mit freudigem Stolz über Eure tapfere Abwehr, Euere opferfreudige Treue gegen Heimat und Volkstum, wir gedenken Eurer mit bitterster Enttäuschung, daß, trotzdem Genf sich um die Befriedung der Welt bemüht,

das unbestreitbar juristische und moralische Recht auf Räumung deutschen Bodens noch immer nicht erfüllt ist. Wann endlich begreift die Welt, daß kein wahrer Friede kommen kann, so lange man deutsche Ehre verletzt und deutsches Recht mißachtet. Wir gedenken Eurer mit feierlichem Gelöbnis, nicht eher ruhen zu können, bis der letzte fremde Soldat vom rheinischen Boden verschwunden ist. Frei werde, deutsch bleibe der Rhein!"

Diesem Gelöbnis des Westausschusses werden sich am 1. Dezember die über 70 Millionen Deutsche in aller Welt mit vollem Herzen anschließen. Aber auch die Welt wird, Sieger und Besiegte, bald erkennen müssen, daß die Schmach der Rheinlandbesetzung einer Befriedung Europas im Wege steht.

Deutsche von der französischen Armee verhaftet.

In Mainz wurden am Donnerstag vormittag von der französischen Besatzungsbehörde zwei Beamte und vier Arbeiter des Reichsvermögensamtes wegen angeblicher Spionage verhaftet. Ein Beamter und ein Arbeiter wurden wieder freigelassen. Wie man hört, kommt Spionage gar nicht in Frage.

Die Franzosen vermuten, daß die Verhafteten Mitteilungen von Truppenverschiebungen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Reichsvermögensverwaltung zur Kenntnis gelangt sind, an deutsche Stellen weitergegeben haben. Gemäß der Gepflogenheit der französischen Gerichtsbarkeit, die Voruntersuchung allein zu führen, ist abgelehnt worden, einen Rechtsbeistand zu den Verhafteten zu lassen, die auch im übrigen von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten und getrennt untergebracht worden sind. Nicht einmal Vertreter des Roten Kreuzes, die sich nach dem Befinden erkundigen wollten, wurden vorgelassen.

Eine andere Schikane der Rheinlandbehörde ist die Tatsache, daß Deutschland drei geplante Rheinbrücken vorläufig nicht bauen darf, bevor nicht die Botschafterkonferenz zugestimmt habe. Zuerst soll jedoch die interalliierte Militärkommission unter Marschall Foch befragt werden. Das beweist, daß Frankreich im Rheinland noch immer militärische Ziele verfolgt.

„Ein Wegweiser auf der Straße zum nächsten Krieg".

Eine englische Zeitung läßt sich aus Paris melden, daß das Ergebnis der französischen Kammeraussprache über den Heeresetat die Fruchtlosigkeit des Völkerbundes ebenso klar zeige, wie die Gefahr, in die sich Großbritannien durch den Locarno-Vertrag begeben habe. Sie bewiese, daß die französische Regierung den Kriegsverzichtsvertrag nur mit sehr zahlreichen geistigen Vorbehalten unterzeichnet habe. Die Tatsache, daß Frankreich gegenwärtig 647 000 Mann unter den Waffen halte, sei eine Art Wegweiser auf der Straße zum nächsten Krieg. Eine weitere überraschende Tatsache der Aussprache sei die Entschlossenheit Frankreichs, am Rhein zu bleiben. Daraus folgere, daß Frankreich von den ihm von Großbritannien im Locarno-Vertrag gegebenen Garantien offenbar nicht viel halte.

Neue Kundgebungen gegen Frankreich in Rom und Neapel

Rom, 30. November. Auch Freitag nachmittag ließen die Studentendemonstrationen gegen Frankreich in den großen italienischen Städten nicht nach. In Rom zogen von mehreren Seiten größere Studentengruppen zum Palazzo Farnese, dem Sitz der französischen Botschaft. Ausreichender Polizeischutz ließ jedoch die Demonstranten nicht allzu nahe herankommen. Plakate mit „Nieder mit Frankreich" wurden in den Zügen getragen und dauernd hallten Schmähreden durch die Straßen. Es ist zu erwarten, daß Frankreich wegen der beleidigenden Drohungen Entschuldigung von Italien verlangen wird. Auch in Neapel haben Demonstrationen stattgefunden, die ähnlich verliefen. Das „Lavarno